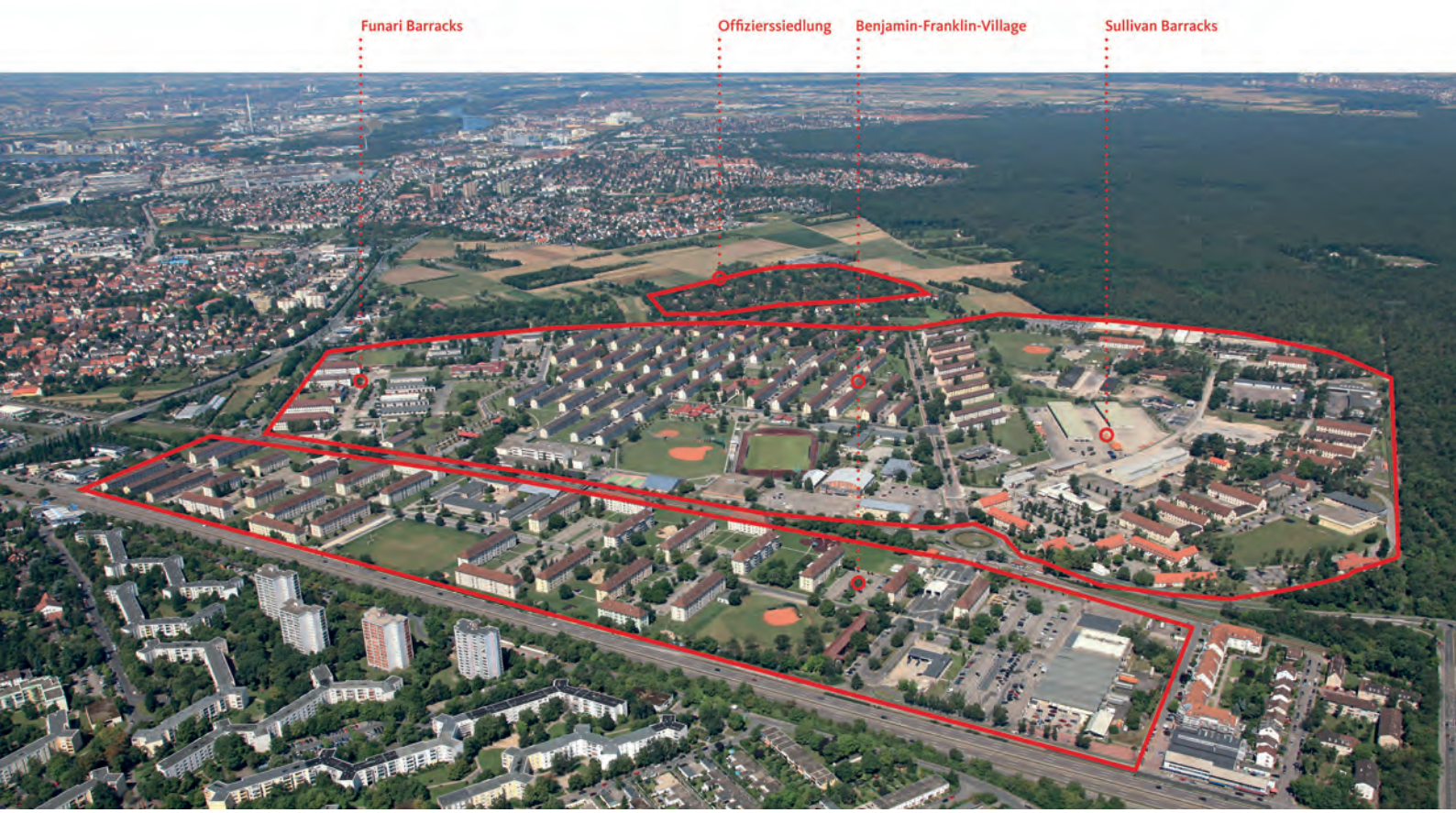
VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

Baustelle Bürgerdemokratie

Herausforderungen der Bürgerbeteiligung für Bürger, Politik und Medien

22.10.2014, Benjamin Franklin Village, Mannheim



Allianz für Beteiligung

Baden-Württemberg STAATSMINISTERIUM

STADTMANNHEIM² Konversion

lpb BW

Eindrücke von Franklin

Inhalt

1. »Baustelle Bürgerdemokratie«:
   Fragestellungen der Veranstaltung in Mannheim **3**

2. Das Eröffnungspodium:
   »Zwischen den Schwächen der repräsentativen
   und den Verführungen der direkten Demokratie« **4**

3. Die Ausstellung:
   »Bürgerbeteiligung und Konversion in Mannheim« **6**

4. Die Bürgerforen:
   Gemeinsames Arbeiten an der Baustelle Bürgerdemokratie **7**

   Forum 1: »Bürgerbeteiligung und politisches Mandat:
   Spannungsverhältnis versus Vertrauensbildung« **6**

   Forum 2: »Die Rolle der Medien bei Bürgerbeteiligung:
   Desinteresse, Mittlerrolle, Meinungsmache« **9**

5. Presseberichterstattung. **11**

6. Die Veranstalter **12**

7. Die angemeldeten TeilnehmerInnen **13**

Redaktion:
Initiative Allianz für Beteiligung e.V.
Geschäftsstelle
Königstraße 10 A
70173 Stuttgart
www.allianz-fuer-beteiligung.de

Ein besonderer Dank gilt den StudentInnen des Masterstudiengangs »Planung und Partizipation« von der Universität Stuttgart sowie der Studiengangskoordinatorin Dr. Gisela Wachinger, ohne deren tatkräftige Unterstützung diese Dokumentation nicht möglich gewesen wäre.

Fotos: Horst Hamann

Eindrücke von Franklin

1. »Baustelle Bürgerdemokratie«: Fragestellungen der Veranstaltung in Mannheim

500 Hektar Fläche, für die Nutzungspläne entwickelt werden mussten, 1000 entwickelte Ideen, drei Weißbücher und eine erwartete Prozessdauer von 30 Jahren bis zur Fertigstellung – die durch den Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte freiwerdenden Konversionsflächen in Mannheim beschäftigen die Stadt und die Mannheimer BürgerInnen. Das Projekt und die Beteiligungsmaßnahmen zeigen, welche Herausforderungen sich in unserem Bundesland auch zukünftig beim Thema Bürgerbeteiligung auftun und wie bei entsprechenden Großprojekten darauf eingegangen werden kann. Um diesen Fragen nachzugehen haben die Allianz für Beteiligung, die Stadt Mannheim, das Staatsministerium Baden-Württemberg und die Landeszentrale für politische Bildung am 22.10.2014 zur Veranstaltung **»Baustelle Bürgerdemokratie - Herausforderungen der Bürgerbeteiligung für Bürger, Politik und Medien«** nach Mannheim eingeladen. Über 180 TeilnehmerInnen aller gesellschaftlichen Bereiche sind dieser Einladung gefolgt: von VertreterInnen der Zivilgesellschaft, der Verwaltung, Politik bis hin zur universitärer Forschung.

Konversion ist eine große Herausforderung der Bürgerbeteiligung

Sie haben einen lebhaften Austausch geführt, unter anderem zu folgenden Fragen:

- **Welche Konsequenzen hat die direkte Demokratie für die repräsentative Demokratie?**
- **Welche Erfahrungen gibt es mit direktdemokratischen Verfahren in Baden-Württemberg?**
- **Wie kann die Politik mit Beteiligungsinitiativen umgehen?**
- **Was muss getan werden, um eine Vertrauensbasis zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen zu schaffen?**
- **Welche Rolle spielen Medien in Beteiligungsprozessen?**

Um die Herausforderungen beim Thema Bürgerbeteiligung direkt erleben zu können, fand die Veranstaltung auf der Konversionsfläche Benjamin Franklin in Mannheim statt. Benjamin Franklin Village ist die größte Wohnkaserne der Region, dauerhaft haben hier bis zu 10.000 AmerikanerInnen gewohnt. Auf der Fläche ist alles vorhanden, was man zum Leben braucht: Wohnquartiere, Sportanlagen, Supermärkt, Schulen und Kindertagesstätten. Die zukünftige Nutzung der ehemaligen Kaserne der US-Armee wird unter Beteiligung der Mannheimer BürgerInnen gestaltet.

Führung durch das Benjamin Franklin Village

Das Eröffnungspodium

2. Das Eröffnungspodium: »Zwischen den Schwächen der repräsentativen und den Verführungen der direkten Demokratie«

Was bedeutet die direkte Demokratie für die repräsentative Demokratie? Wie können BürgerInnen und Kommunen mit Elementen der direkten Demokratie umgehen? Welche Erfahrungen gibt es dazu in Baden-Württemberg? Diese Fragen standen im Mittelpunkt eines Podiumsgesprächs, das die Veranstaltung eröffnete. Dabei wurde deutlich: Viele BürgerInnen in Baden- Württemberg finden direkte Demokratie sehr attraktiv und interessieren sich für diese Verfahren, zum Beispiel einen Bürgerentscheid. Zudem finden sie, dass angesichts direktdemokratischer Verfahren die »gefühlten« Defizite der repräsentativen Demokratie immer offensichtlicher werden. Ist direkte Demokratie also ein Heilmittel für ein repräsentatives System, das unter mangelnder Wahlbeteiligung und Unzufriedenheit leidet? Auch dies waren Themen der folgenden TeilnehmerInnen auf dem Podium.

Teilnehmer:

- **Dr. Heiner Geißler**, Bundesminister a.D.
- **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg
- **Dr. Peter Kurz**, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
- **Gudrun Heute-Bluhm**, Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg
- **Wolfgang Berger**, Landeszentrale für politische Bildung (Moderation)

Was sind direktdemokratische Verfahren und wie können sie zum Einsatz kommen?

Die TeilnehmerInnen auf dem Podium hielten einen ersten Punkt fest: viele BürgerInnen setzen Bürgerbeteiligung häufig mit direktdemokratische Verfahren gleich. Bei diesen können BürgerInnen direkt über einen Sachverhalt entscheiden, ihr Votum hat eine rechtliche bindende Wirkung. Wie aber können direktdemokratische Verfahren in der repräsentativen Demokratie zum Einsatz kommen? Nach Meinung der PodiumsteilnehmerInnen können direktdemokratische Verfahren zum Beispiel dazu beitragen, eine Befriedung innerhalb eines strittigen Themas zu erreichen. Nach den Erfahrungen von Dr. Heiner Geißler ist direkte Demokratie, wie zum Beispiel ein Bürgerentscheid, zudem gut geeignet, um die politische Diskussion vor Ort zu beleben. Gleichzeitig mahnt er klare Strukturen an: »Bürgerbeteiligung braucht klare Spielregeln. Bürger brauchen klare Rahmenbedingungen, nur dann bringen sie sich ein. Hier muss der Gesetzgeber arbeiten und diesen Rahmen schaffen«, fordert er.

Wie können sich Bürger in der repräsentativen Demokratie beteiligen?

Daran anknüpfend hielten die TeilnehmerInnen auf dem Podium einen zweiten Punkt fest: Verfahren der direkten Demokratie können in der repräsentativen Demokratie dazu beitragen, Akzeptanz für ein Vorhabenzu schaffen und die Legitimität von Entscheidungen zu erhöhen. Dabei betonte das Plenum, dass BürgerInnen in einer repräsentativen Demokratie auch jenseits direktdemokratischer Ansätze vielfältige Möglichkeiten haben, sich an der Politik auf Landes- und Kommunalebene zu beteiligen. Hierzu berichtete Dr. Peter Kurz von einem ganzen Maßnahmenkatalog, der in Mannheim zum Einsatz kam und kommt: »Wir haben bei unserem Konversionsprozess in Mannheim von Anfang an auf eine umfassende Bürgerbeteiligung gesetzt. Diese reicht von unverbindlichen Ideensammlungen über Planungsgruppen mit Bürgerinnen und Bürgern bis hin zu Machbarkeitsstudien und Weißbüchern.« Staatsrätin Gisela Erler betonte, dass PolitikerInnen diese vielfältigen Erfahrungen und Qualifikationen, die innerhalb der Bürgerschaft vorhanden sind, nutzen sollten. Die Politik sei zukünftig noch mehr gefordert, wenn es um die Verstetigung von beteiligenden Demokratieformen gehe: »Wir brauchen ein erweitertes Rollenverständnis von Verwaltung und Politik, dass Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nicht als Machtverlust, sondern als Zugewinn an Kompetenz verstanden wird«, so Erler. Auch Gudrun Heute-Bluhm

Das Eröffnungspodium

machte deutlich, dass die Entscheidungsfindung der gewählten Gremien durch die Mitsprache der BürgerInnen an Qualität gewinnt. Allerdings sieht sie die Herabsetzung der Hürden für Bürgerentscheide mit Bindungswirkung für gewählte Gremien eher kritisch. Dabei gehe es ihr nicht um die Frage »konkurrierender Zuständigkeit«, sondern darum, wer sich am Ende tatsächlich bei der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen einbringt: »Meiner Beobachtung nach nimmt Mitwirkung sprunghaft zu, wenn eigene Betroffenheit absehbar ist – wenn es also nicht mehr um die Mitwirkung an Gemeinwohlprozessen geht, sondern um das Mitbestimmungsrecht Betroffener.«

Was sind die »Kehrseiten« direktdemokratischer Verfahren?

Als dritten Punkt machte das Plenum deutlich: Verfahren der direkten Demokratie können nicht als Allheilmittel für tatsächliche oder gefühlte Defizite der repräsentativen Demokratie betrachtet werden. Denn die Erfahrungen zeigen, dass auch die Ergebnisse aus direktdemokratischen Verfahren zum Teil umstritten bleiben. So kann fehlende Akzeptanz von Ergebnissen sogar dazu beitragen, dass gezielt an der Delegitimierung des Verfahrens gearbeitet wird. Zudem besteht das Risiko, dass Verfahren mit zugespitzten Fragestellungen - wie sie zum Beispiel bei einem Bürgerentscheid üblich sind - nicht zu einer Befriedung führen, sondern eine Polarisierung innerhalb der Bürgerschaft auslösen. Der Versuch, den »BürgerInnenwillen« in einem strittigen Thema entscheiden zu lassen, verursacht dann ggf. eine Lagerbildung innerhalb der Bürgerschaft, die die Politikgestaltung und das Zusammenleben dauerhaft erschweren können. Somit muss man sich auch bewusst machen, dass Maßnahmen der direkten Demokratie zur Spaltung einer Stadtgesellschaft beitragen können, da »persönliche Feindschaften« und ein zerstörtes Vertrauen übrig bleiben. Um dies zu verhindern, weißt das Plenum entschieden darauf hin: Wer zu kommunalen oder landespolitischen Fragen Maßnahmen der direkten Demokratie einsetzt, muss dies mit Augenmaß tun und die Prozesse dazu umfassend und transparent vorbereiten. Zudem sind bei der Beteiligung die Sozialauswahl und eine Zielgruppenorientierung wichtig, da viele Verfahren der direkten Demokratie nur einen gewissen Teil der Bürgerschaft erreichen und mobilisieren.

Wo liegen die Grenzen von Beteiligung?

Als vierten Punkt betonte das Podium: Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie finden ihre Grenzen bei gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen, die einem Allgemeinwohlinteresse dienen. »Lokale Interessen können den Interessen des Gemeinwohls konträr gegenüberstehen«, so Staatsrätin Gisela Erler. Hier sei es dann wichtig, früh den Dialog mit den BürgerInnen zu suchen. Dem Plenum folgend müssen in manchen Fällen gesetzlich notwendige Entscheidungen aber auch gegen den Willen der BürgerInnen getroffen werden. Und auch in Beteiligungsprozessen müssen einmal getroffene Entscheidungen von allen Akteuren akzeptiert werden, selbst wenn diese nicht der eigenen Position entsprechen.

Eine Vision: Baustelle Bürgerdemokratie!

Zum Abschluss des Gesprächs erläuterte das Podium eine Idee zukünftiger Politikgestaltung: Ideal wäre es, die drei Säulen der Demokratie - direkte Demokratie, partizipative Dialoge, repräsentative Demokratie - gleichberechtigt zu nutzen und so eine Bürgerdemokratie zu schaffen. Denn alle Beteiligten waren sich einig: Bürgerbeteiligung ist wichtig und verbessert grundsätzlich die Qualität von Entscheidungen. »Diese Vision, diese Bürgerdemokratie ist eine Baustelle, an der wir weiter arbeiten müssen, um die nötigen Entwicklungen voranzubringen«, fasste Dr. Peter Kurz abschließend zusammen.

Dr. Heiner Geißler

Gudrun Heute-Bluhm

Gisela Erler

Dr. Peter Kurz

Bürgerbeteiligung ist ein Zugewinn an Kompetenz.

Informationstafeln der Ausstellung

3. Die Ausstellung: »Bürgerbeteiligung und Konversion in Mannheim«

Die Stadt Mannheim hat sich bewusst entschieden, den Konversionsprozess mit Bürgerbeteiligung zu gestalten und die BürgerInnen bei der Ideenentwicklung für die Nutzung der Konversionsflächen einzubeziehen. Über die Ideen und Maßnahmen konnten sich die TeilnehmerInnen im Rahmen der Veranstaltung bei der Projektausstellung informiere, zudem standen LotsInnen (ehrenamtlich tätige BürgerInnen) und VerwaltungsmitarbeiterInnen für Fragen zur Verfügung.

Interessierte konnten sich so über den Weißbuchprozess, Maßnahmen zum gemeinschaftlichen Wohnen, den Grünzug bzw. die Bundesgartenschau und die Entwicklung der Franklin Factory informieren. Bei den anschließenden, geführten Rundgängen zu den Themen »Wohnen auf Franklin«, »Sport auf Franklin« und »Nachhaltigkeit auf Franklin« konnten sie zudem die Konversionsflächen besichtigen.

1000 Ideen
für 5 Mio. qm
»Neuland«

Eine Auswahl der Plakate bei der Projektausstellung

Arbeitsgruppen und Diskussionen im Politik-Forum

4. Die Bürgerforen: Gemeinsames Arbeiten an der Baustelle Bürgerdemokratie

Forum 1: »Bürgerbeteiligung und politisches Mandat: Spannungsverhältnis versus Vertrauensbildung«

Das Verhältnis zwischen BürgerInnen und gewählten PolitikerInnen ist häufig nicht gänzlich unkompliziert. Von BürgerInnen ist häufig zu hören, dass Politiker nicht mehr in ihrem Sinne entscheiden und dass sie die Menschen viel zu selten über Sachverhalte informieren. Politiker dagegen beklagen, dass BürgerInnen sich selten in die Politik einbringen – es sei denn, ein Thema sei schon »hochgekocht«. Aber ansonsten werden z.B. Informationssitzungen des Gemeinderates wenig genutzt, die Zugehörigkeit zu Parteien geht stetig zurück. Wie aber lässt sich dieses gespannte Verhältnis erklären? Diesen und anderen Themen sind die TeilnehmerInnen der Veranstaltung im Rahmen eines Bürgerworkshops nachgegangen. Im Zentrum der Diskussionen standen dabei die Fragen, wie Vertrauen auf beiden Seiten entstehen kann, wie eindeutig die Ergebnisse von Beteiligungsmaßnahmen sind und wie die Politik mit Ergebnissen aus der Bürgerschaft umgehen kann.

Vertrauensaufbau ist wichtig und bedeutet: sich die Denkweise des anderen bewusst machen

»Die Politik interessiert sich doch gar nicht mehr für die Meinungen der BürgerInnen« - »Die BürgerInnen sind doch oft aus Prinzip gegen ein Vorhaben, das aus der Politik kommt und arbeiten nicht konstruktiv an der Sache mit.« Das generelle Misstrauen, dass in diesen Aussagen zum Ausdruck kommt, sitzt bei vielen Menschen tief und ein großes Hindernis für Bürgerbeteiligung. Will man das Thema Beteiligung stärken, muss das Vertrauen zwischen BürgerInnen und gewählten VertreterInnen verbessert werden. »Vertrauen ist für mich essenziell für Beteiligungsverfahren, hierbei herrscht aber noch Handlungsbedarf«, fasst ein Teilnehmer die Ausgangslage zusammen. Für Christina Metke, die inhaltlich in das Politikforum einführte, entstehen die geschilderten Spannungen oft durch die unterschiedlichen Perspektiven der beteiligten Akteure auf das Thema. Es sei daher nötig, sich die Situation und Denkweise des anderen bewusst zu machen: »Um das Verhältnis einfacher zu gestalten muss man wissen, wie der andere tickt«, so Metke. Denn grundsätzlich hielten die TeilnehmerInnen fest: Es gibt keine Unzufriedenheit mit dem jetzigen demokratischen System an sich. Häufig sei aber nicht transparent genug, wie mit Interessenskonflikten in Beteiligungsverfahren umgegangen wird und wie die verschiedenen Interessen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Den TeilnehmerInnen zufolge ist aber Vertrauen maßgeblich dafür, dass alle beteiligten Akteure von einem fairen Umgang mit allen Positionen ausgehen. Vertrauen sei dabei auch im Sinne von Vertrautheit zu sehen. Denn nur wenn das Wissen über die Arbeitsweisen, beispielsweise der Verwaltung oder des Gemeinderates, hinreichend bekannt ist, können nach Einschätzung der TeilnehmerInnen auch Handlungen und Zwänge besser verstanden werden. Zudem weisen die TeilnehmerInnen darauf hin, dass auch die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und politischen Gremien verbessert werden muss. Dies kann zum Abbau von Vorbehalten und einer besseren Verzahnung von Bürgerbeteiligung und Politikgestaltung beitragen. »Vertrauen kann nur durch gemeinsam durchgeführte Prozesse entstehen«, fasst ein Teilnehmer zusammen.

Teilnehmer am Politikforum:

- **Marianne Bade,** Gemeinderatsfraktion SPD, Mannheim
- **Katrin Dietrich,** Lotsin aus Mannheim
- **Dr. Christine Dörner,** Führungsakademie Baden-Württemberg (Moderation)
- **Christina Metke,** public sense, (inhaltliche Einführung)
- **Melis Sekmen,** Gemeinderatsfraktion die GRÜNEN, Mannheim
- **Carsten Südmersen,** Gemeinderatsfraktion CDU, Mannheim
- **Britta Wagner,** Beirätin im Bürgerforum Kressbronn
- **Prof. Dr. Jan W. van Deth,** Universität Mannheim

Bürgerbeteiligung braucht klare Regeln und feste Strukturen

»Die Probleme bei Beteiligungsfragen und -verfahren beginnen häufig bereits damit, dass es keine einheitlichen Regeln gibt«, so ein Teilnehmer. Dieser Position schlossen sich viele TeilnehmerInnen an. Nötig seien deshalb klare, nachvollziehbare und überprüfbare Regeln, wer, wozu, wann und wie beteiligt wird. Den TeilnehmerInnen folgend geben erst solche Regeln allen beteiligten Akteuren auch eine Prozesssicherheit, die wieder rum ein wichtiger Faktor ist, um auch Vertrauen in den Prozess und die Prozesspartner zu entwickeln. Diese Regeln sollten für alle verbindlich und im Zweifelsfall auch einklagbar sein. Denn »wo Rollen und Strukturen nicht geklärt sind, werden Beziehungen belastet«, so ein Teilnehmer. Kernpunkte dieser klaren Regeln müssen den TeilnehmerInnen zufolge auch sein, dass Beteiligung bereits frühzeitig startet und die Diskussion ergebnisoffenen geführt wird. Nur so wird gewährleistet, dass die Beteiligung auf Augenhöhe stattfindet und es überhaupt die Möglichkeit gibt, die Ergebnisse innerhalb der Entscheidung zu erwägen oder zu berücksichtigen.[1] Die TeilnehmerInnen können Bedenken nachvollziehen, dass solche Regeln Entscheidungen verlangsamen können und dass sie ggf. mit Mehraufwand verbunden sind. Ihrer Einschätzung nach sollte man Bürgerbeteiligung und den häufig damit verbundenen Innovationen aber diese Zeit und diesen Aufwand zugestehen. Denn: Es zahle sich am Ende in der Qualität der Ergebnisse aus.

Es braucht innovative Kommunikationsformen, um möglichst viele Menschen zu erreichen

Auch bei der Frage, wer in einem Prozess beteiligt wird, muss nach Meinung der TeilnehmerInnen mehr getan werden. So müsse sich die Kommunikation zwischen der Verwaltung, der Politik und den Beteiligten verbessern. Dabei muss den TeilnehmerInnen zufolge nach innovativen Wegen gesucht werden, um Gruppen jenseits der klassischen Beteiligungsmilieus zu erreichen. Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche, in Vereinen engagierte Menschen und junge Familien seien dabei besonders wichtig. Diese müssen erreicht werden, für sie müssen die nötigen Informationen zielgruppenspezifisch aufbereitet werden. Nach Meinung der TeilnehmerInnen könnte dies über eine Kooperation mit Vereinen gelingen, über direkte Ansprache vor Ort, über Kooperation mit Schulen oder über die Verarbeitung von Informationen in Spielen, die Jugendliche gerne nutzen. Gemäß den TeilnehmerInnen muss sowohl bei Veranstaltungen als auch bei der Informationsvermittlung gewährleistet werden, dass Ressourcennachteile (z.B. Zeit, Geld, Beziehungen), körperliche Beeinträchtigungen und sprachliche Schwierigkeiten ausgeglichen werden. In der Diskussion wurde jedoch auch deutlich, dass zwar die Verwaltung und die Politik eine Bringschuld bei der Informationserstellung und -weitergabe haben, die BürgerInnen sich aber auch aktiv informieren müssen. Dies gelte auch für die sogenannten »stillen Gruppen«.

Empfehlungen des Forums:

Bürgerbeteiligung braucht Vertrauen zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern. Dazu ist z.B. eine offene Kommunikation wichtig: Sprechen Sie Unstimmigkeiten an, oft können Missverständnisse so aufgeklärt werden.

Bürgerbeteiligung braucht klare Spielregeln. Klären Sie zu Beginn die Regeln und vor allem die Ergebnisverwendung der Bürgerbeteiligung.

Bürgerbeteiligung braucht vielseitige Beteiligung. Hierbei müssen sich Politik und Verwaltung mit innovativen Konzepten insbesondere um die sogenannten »stillen Gruppen« bemühen.

Bei Bürgerbeteiligung gibt es eine Hohl- und Bringschuld: BürgerInnen können erwarten, dass sie Informationen über Maßnahmen erhalten. Sie müssen aber auch selbst aktiv werden und sich informieren.

Arbeitsgruppen und Diskussionen im Politik-Forum

[1] Siehe hierzu auch das Diskurspapier »Verankerung von Bürgerbeteiligung in den Strukturen der Verwaltung« der Allianz für Beteiligung, einsehbar auf der Homepage unter www.allianz-fuer-beteiligung.de

Arbeitsgruppen und Diskussionen im Medien-Forum

Forum 2:
»Die Rolle der Medien bei Bürgerbeteiligung: Desinteresse, Mittlerrolle, Meinungsmache«

»Die Digitalisierung führt zu einer zunehmenden Medienvielfalt, einer ständigen Verfügbarkeit verschiedener Medien und scheinbar immer zugänglichen Informationen«, so umreißt Prof. Peter Vorderer in seiner Einleitung zum Medienforum aktuelle Entwicklungen. Trotzdem werde die Medienberichterstattung häufig als unvollständig wahrgenommen, gerade BürgerInnen fühlten sich nicht ausreichend informiert. »Das hängt auch damit zusammen, dass die Medienvielfalt zu einer Fragmentierung des Publikums führt. Und um sich ihr Publikum zu sichern, setzen viele Medien immer stärker auf den Unterhaltungsfaktor«, so Vorderer. Auf der anderen Seite könnten BürgerInnen die digitalen Möglichkeiten aber auch nutzen, um Einfluss auf die gesellschaftliche Themenagenda zu nehmen - beispielsweise über Facebook oder Twitter. Diese Entwicklungen waren Anlass für die TeilnehmerInnen, gemeinsam mit JournalistInnen über die Rolle von Medien in Bürgerbeteiligungsprozessen zu sprechen. In der Diskussion ging es um die Fragen, wie sich der scheinbare Widerspruch - größere Medienvielfalt und offen zugängliche Informationen vs. einer gefühlten eingeschränkten Berichterstattung - in der Praxis erklären lässt. Welche Probleme gibt es im alltäglichen Verhältnis zwischen BürgerInnen und Medien? Welche Lösungen können entwickelt werden?

Die Medienwelt hat eigene Spielregeln, diese müssen bekannter werden

Das Verhältnis von Medien zu BürgerInnen ist häufig ambivalent. Gerade in kleineren Kommunen ist die Lokalzeitung immer noch die meistgenutzte Informationsquelle. Wie auch beim Zusammenspiel zwischen BürgerInnen und der Verwaltung bzw. der Politik ist es wichtig, die Arbeitsweisen der anderen Akteure zu kennen. »Es gibt einfach eine große Vielfalt an Ereignissen, aus denen wir für die Berichterstattung auswählen müssen. Dann zählen Faktoren wie Aktualität, räumliche Nähe, Brisanz, Unterhaltung«, so ein Medienvertreter. Auch hier bestehen also feste Spielregeln. Im Forum wird deutlich: Gerade Zeitungen stehen häufig wirtschaftlich unter Druck und müssen bei ihrer Berichterstattung besonders auf den Unterhaltungswert für LeserInnen achten. Auf der anderen Seite fordern BürgerInnen eine umfassende und neutrale Berichterstattung: Gerade bei Beteiligungsprozessen erwarten sie, dass die Medien »gerecht« berichten – also , nicht »reißerisch« oder »einseitig«, sondern dass sie neutral bleiben und Fakten sowie Meinungen zum Gegenstand der Beteiligung adäquat und umfassend widergeben. Diese angemahnte Neutralität bei der Berichterstattung ist gemäß den Medienvertretern nicht immer einfach umzusetzen. Denn je länger und intensiver man sich mit einem Thema beschäftige, desto schwerer falle Neutralität. Die Intensität der Auseinandersetzung sei aber wichtig, um bei komplexen Bürgerbeteiligungsthemen fachkundig berichten zu können. Mit Blick auf das Befinden, dass Bürgermeinungen in den Medien zu selten vorkommen, stellen die MedienvertreterInnen klar: Dies beruht oft auf einer unterschiedlichen Grundannahme bezüglich der Frage, wer wen über aktuelle Entwicklungen in Beteiligungsprozessen informieren kann. Denn nach Meinung der JournalistInnen können die Bürger auch auf die Medien zukommen, um sie über ihre Meinung zu informieren. Dabei müsste allerdings berücksichtigt werden, dass man Informationen mediengerecht aufarbeiten muss: »Wenn Sie uns eine E-Mail mit einer 50-seitigen Stellungnahme schicken, bringt das gar nichts. Wir haben gar nicht die Zeit, dies im Detail zu lesen«, so eine Journalistin. Der Ratschlag des Forums deshalb: MedienvertreterInnen und BürgerInnen sollten das Gespräch suchen, um grundlegende Missverständnisse zu thematisieren und auch hier verbindliche Regeln für einen Austausch zu schaffen. Gleichzeitig können so auch die »Spielregeln« in der Gesellschaft bekannter werden, nach denen Medien Informationen für die Berichterstattung aussuchen.

Teilnehmer am Medienforum:

- **Natalie Akbari,** SWR-Studio Mannheim (Hörfunk)
- **Irene Armbruster,** Bürgerstiftung Stuttgart (Moderation)
- **Solveig Frick,** ZDF, Landesstudio Baden-Württemberg
- **Dirk Lübke,** Mannheimer Morgen
- **Rainer Nübel,** Redakteur, u.a. für Stern und Zeitenspiegel
- **Hardy Prothmann,** Rheinneckarblog.de
- **Prof. Dr. Peter Vorderer,** Universität Mannheim (inhaltliche Einführung)
- **Peter Welchering,** Deutscher Journalistenverband, Baden-Württemberg

Bürger, Medien und Verwaltung müssen sich besser austauschen

Im Forum beschreiben TeilnehmerInnen, dass ihrem Empfinden nach Informationen über Beteiligungsprozesse häufig nur unvollständig in den Medien auftauchen. »Ein Ansatz wäre, dass die Verwaltung eine Zusammenfassung von Fakten vor einem Beteiligungsprozess erstellt und Medienvertretern zur Verfügung stellt«, so eine Medienvertreterin. Journalisten könnten dieses Faktenblatt dann bereits zu Beginn eines Prozesses nutzen, grundlegende Sachverhalte an ihre LeserInnen transportieren und damit die Informationskanäle der Kommune ergänzen. Gleichzeitig wird in den Gesprächen auch die schwierige Gradwanderung der JournalistInnen deutlich: »Einerseits ist es notwendig, eine gewisse Distanz zwischen Verwaltung und JournalistInnen zu wahren. Gleichzeitig erschwert dies aber auch die Sicherung des Informationsflusses zwischen Verwaltung, Medien und BürgerInnen«, so ein Medienvertreter. Auch bei der Informationsvermittlung müssen BürgerInnen beachten, dass Medien qua Funktion Informationen weitergeben, diese auch zuspitzen müssen (Unterhaltungsfaktor). Die TeilnehmerInnen betonen auch die Aufgabe der Medien, bei der Erreichung sogenannter stiller Gruppen ihren Beitrag zu leisten. Sie sollten aktiv Orte aufsuchen, an denen sich beispielsweise Jugendliche oder MigrantInnen aufhalten. Gleichzeitig könnten zum Beispiel junge JournalistInnen mit Migrationshintergrund dazu beitragen, einen Zugang zu diesen Gruppen zu schaffen und Informationen so aufzubereiten, dass sie interessant werden.

Arbeitsgruppen und Diskussionen im Medien-Forum

Eigeninitiative ist gefragt, wenn Anliegen publik werden sollen

Zu den oft geäußerten Beschwerden, die Meinung aus der Bürgerschaft käme in den Medien zu wenig vor, haben die JournalistInnen eine klare Empfehlung: »Zeigen Sie Eigeninitiative!« Gerade die neuen Medien böten engagierten BürgerInnen viele Möglichkeiten, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Und die Nutzung sei zum Beispiel billiger, als Anzeigen in Lokalmedien zu schalten. Zwar erreiche man mit einem Blog wahrscheinlich nicht alle Bevölkerungsgruppen bzw. eine so große Anzahl an LeserInnen wie Zeitungen, aber man könne damit eine öffentliche Wahrnehmung erreichen. Und: wenn Blogs in die öffentliche Diskussion kommen, würden die dort zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Themen wiederrum für Printmedien attraktiv. Auf diesem Weg könne man also eine Berichterstattung über das eigene Thema »provozieren«. Im Plenum berichten die TeilnehmerInnen aber auch von anderen Modellen, die sie kennengelernt haben: »Wirken Sie bei Ihrem lokalen Leitmedium darauf hin, einen Lokalzeitungsbeirat zu gründen«, regt eine Teilnehmerin an. Dieser sollte aus VertreterInnen der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik bestehen und sich regelmäßig mit den Lokalredakteuren treffen. In dieser Runde werden dann aktuelle Themen diskutiert und über Anliegen informiert. Nach Einschätzung der TeilnehmerInnen könnten auf diesem Weg auch Themen in die Berichterstattungsagenda gelangen, die bisher wenig Aufmerksamkeit bekommen. Einige Medienvertreter berichten im Forum auch über gute Erfahrungen mit Bürgerredakteuren/ Bürgerjournalisten. Diese schreiben ihre Artikel auf ehrenamtlicher Basis und erhalten eine kleine Kolumne, in der diese veröffentlicht werden.

Arbeitsgruppen und Diskussionen im Medien-Forum

Empfehlungen des Forums:

- Medien sollten »neutral« über Bürgerbeteiligungsprozesse berichten. Sie sollten Fakten und Meinungen zum Gegenstand der Beteiligung adäquat und umfassend widergeben.
- Verwaltungen sollten »Faktenblätter« mit relevanten Informationen zum Gegenstand der Beteiligung erstellen und diese an MedienvertreterInnen weiterreichen. Ein regelmäßiger und intensiver Austausch zwischen Verwaltung, Medien und BürgerInnen ist wünschenswert.
- BürgerInnen können ihren Einfluss erhöhen, indem sie soziale Medien nutzen und damit Aufmerksamkeit erzeugen.
- BürgerInnen sollten auch die Initiative ergreifen und mit ihren Anliegen auf JournalistInnen zugehen. Dabei sollten sie darauf achten, ihre Informationen mediengerecht aufzuarbeiten.
- Lokalzeitungsbeiräte und Bürgerredakteure sind ein guter Weg, um auf Themen aufmerksam zu machen, die sonst eher nicht in den Medien auftauchen.
- Auch Medien müssen ihren Beitrag dazu leisten, »stille Gruppen« zu erreichen. Bei Jugendlichen und MigrantInnen könnten Medien z.B. stärker junge JournalistInnen mit Migrationshintergrund einsetzten, um neue Informations- und Vermittlungskanäle zu erschließen.

5. Presseberichterstattung

1. Artikel aus dem Staatsanzeiger Baden-Württemberg vom 31.10.2014
http://allianz-fuer-beteiligung.de/presse/

2. Artikel aus dem Mannheimer Morgen vom 23.10.2014
http://www.morgenweb.de/mannheim/mannheim-stadt/abschied-von-der-basta-politik-1.1940534)

3. Artikel aus dem Rhein Neckar Blog vom 31.10.2014
http://www.rheinneckarblog.de/31/baustelle-buergerdemokratie/52684.html

4. Berichterstattung des SWR in der Landesschau Baden-Württemberg am 22.10.2014

Artikel aus dem Staatsanzeiger Baden-Württemberg vom 31.10.2014

Staatsanzeiger · Freitag, 31. Oktober 2014 · Nr. 43

Konversion Mannheim

Bürger werden an der Planung beteiligt

Bürgerbeteiligung und die Konversion ehemaliger Militärflächen gehören in Mannheim zusammen. Rund 180 Bürger aus der Region und aus Baden-Württemberg haben sich am 22. Oktober bei der „Baustelle Bürgerdemokratie" in der Quadratestadt zu Fragen der Bürgerbeteiligung ausgetauscht.

Von Ulrike Raab-Nicolai

Bürger diskutierten am 22. Oktober in Mannheim über Beteiligung an öffentlichen Projekten. FOTO: TRÖSTER

Daten und Fakten

Maßnahme:
Konversion ehemaliger Flächen der US-Armee in Mannheim
Eigentümer:
Stadt Mannheim, vertreten durch MWS Projektentwicklungsgesellschaft
Fläche:
510 Hektar
Konversionsbeginn:
2011
Leitthemen:
Wohnen, Arbeit, Ökologie, Kultur, Bildung
Besonderheit:
Bürgerbeteiligung bei Konversionsprozess

MANNHEIM. Die Veranstaltung „Baustelle Bürgerdemokratie" fand in der vergangenen Woche in Mannheim auf der Konversionsfläche Benjamin Franklin statt. Der Ort sollte dazu beitragen, die Herausforderungen beim Thema Bürgerbeteiligung direkt zu erleben. Die künftige Nutzung der ehemaligen Kaserne der US-Armee wird unter Beteiligung der Bürger erarbeitet.

Ehrenamtlich tätige Bürger als Zukunftslotsen

Über Themen und Maßnahmen konnten sich die Veranstaltungsteilnehmer am 22. Oktober auch in einer Ausstellung und bei Rundgängen zu „Wohnen auf Franklin", „Sport auf Franklin" und „Nachhaltigkeit auf Franklin" informieren.

„Mannheim hat im Konversionsprozess von Anfang an auf eine umfassende Bürgerbeteiligung gesetzt", betonte Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD). „Das reicht von unverbindlichen Ideensammlungen über Planungsgruppen mit Bürgern bis hin zu Machbarkeitsstudien und Weißbüchern."

Ehrenamtlich tätige Bürger haben sich zusammengetan, um als Zukunftslotsen diese Entwicklung zu begleiten und Beteiligungsprozesse anzustoßen. Vier Experten- und fünf große Bürgerforumsgespräche bilden den Hintergrund für Leitideen der Bürgerbeteiligung. Initiativen und Arbeitskreise haben sich gegründet, um ihre Vorstellungen und Ideen für die Konversionsflächen einzubringen.

Erweitertes Rollenverständnis der Verwaltung gefordert

Bereits im Jahr 2011 hat die Stadt Mannheim begonnen, über 500 Hektar ehemalige Militärflächen gemeinsam mit den Bürgern umzuwandeln. Über 1000 Ideen wurden nach Angaben der Stadtverwaltung gesammelt. Sie wurden geordnet und zu Themen zusammengefasst. Insgesamt wurden so fünf Leitthemen definiert – Wohnen, Arbeit, Ökologie, Kultur, Bildung –, die künftig als Qualitätsmarken die Entwicklung auf allen Konversionsflächen prägen sollen. „Sie sollen somit zum einen die qualitätsvolle Entwicklung sichern, aber auch die konsequente Ausrichtung an den Ideen aus der Bürgerschaft gewährleisten", heißt es seitens der Stadt. Unter diesen fünf Themen werden bereits Projekte wie die Bundesgartenschau 2023 oder die Blue City Mannheim entwickelt.

„Wir brauchen ein erweitertes Rollenverständnis von Verwaltung und Politik, dass die Beteiligung von Bürgern nicht als Machtverlust, sondern als Zugewinn an Kompetenz verstanden wird", sagte Staatsrätin Gisela Erler (Grüne) bei der Veranstaltung zur Bürgerdemokratie.

Viel neues Grün auf dem Gelände der Taylor-Kasern

MANNHEIM. Das Areal der T lor-Kaserne in Mannheim nach Angaben der Stadt so en ckelt werden, dass über 100 Quadratmeter Grünfläche zus menhängend erschlossen un der Grünzug Neckar-Rhein k plettiert wird. Das ist knapp Viertel der Fläche – inklusive Biotops. „Hier entsteht ein spielhaftes urbanes Gewerbe- Wissenschaftsareal, wie es Zuge der Bürgerbeteiligung als genieurmeile' angeregt wur sagt der Oberbürgermeister Mannheim, Peter Kurz (SPD). der Taylor-Konzeption ist, ein sere, emissionsärmere, grü und zukunftsorientiertere Sta entwickeln.

Mitte August war es so Nachdem der Sieger des stä baulichen Wettbewerbs fests – Diébédo Francis Kéré aus Be konnte mit dem Bebauungsp verfahren für den Taylor-Car begonnen werden. Dieses Ve ren leite eine entscheidende P für die zweite Konversionsfl ein, die die Stadt Mannheim Bund erworben hat, so Kurz.

Ein Drittel der Gesamtfläch Taylor-Campus ist nach Ang der Stadt Mannheim verkauft befindet sich noch in Verkau handlungen. (sta)

MEHR ZUM THEMA
Informationen zur Konversion in Mannheim unter:
www.konversion-mannheim.

Ehemalige Militärflächen können genutzt werden

6. Die Veranstalter

Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein unabhängiges Netzwerk von AkteurInnen in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Zivilgesellschaft einsetzen. Den Impuls zur Gründung der Allianz für Beteiligung hat Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg auf dem »Kongress für Beteiligung« 2012 gegeben. Die Allianz für Beteiligung wird von der Baden-Württemberg Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Breuninger Stiftung und der Führungsakademie Baden-Württemberg gefördert.
www.allianz-fuer-beteiligung.de

Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg Staatsrätin Gisela Erler ist Mitglied im Kabinett und hat die Anliegen der Zivilgesellschaft und die Stärkung der Bürgerbeteiligung im Blick. Die Staatsrätin versteht sich als Botschafterin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Die Landesregierung möchte eine »Politik des Gehörtwerdens« umsetzen. Mehr und mehr soll diese neue Haltung auf allen Ebenen der Verwaltung zutage treten. Die Menschen im Land sollen informiert werden, mitreden und auch mitentscheiden können.
www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de

STADTMANNHEIM²
Konversion

Die Stadt Mannheim ist für seine »Amerikanische Historie« bekannt. Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte bis spätestens 2015 stellt die Stadt vor die große Herausforderung der Konversion. Für die Koordination des Konversionsprozesses wurde im Jahr 2010 die Geschäftsstelle Konversion eingerichtet. Sie verbindet alle Einzelfacetten des Vorhabens und bindet die Bürgerschaft in die Konversion der ehemaligen Militärgebiete ein. Für die Entwicklung und Vermarktung der Konversionsflächen wurde eine eigene Entwicklungsgesellschaft, die MWS Projektentwicklungsgesellschaft mbH (MWSP) als Tochter der Stadt Mannheim und der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH (GBG) gegründet.
www.konversion-mannheim.de

lpb BW

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist die zentrale überparteiliche staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg und wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Landtags von Baden-Württemberg und hat ihren Hauptsitz in Stuttgart. Für die regionale Arbeit unterhält die Landeszentrale Außenstellen in Freiburg im Breisgau und Heidelberg.
www.lpb-bw.de

Forum

7. Die angemeldeten TeilnehmerInnen

A

Akbari	**Natalie**	SWR-Studio Mannheim
Allehoff	**Wolfgang, Dr.**	Liberaler Mittelstand Baden-Württemberg
Armbruster	**Irene**	Bürgerstiftung Stuttgart
Atwaa	**Nadja**	Stadt Sindelfingen, Pressesprecherin
Augustin	**Meike**	Baden-Württemberg Stiftung

B

Bade	**Marianne**	Gemeinderatsfraktion SPD, Mannheim
Batzler	**Kirsten**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle kulturelle Stadtentwicklung
Beck	**Tillmann**	
Becker	**Josephine**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Beck-v.Goetz	**Sibylle**	Soziallotsin, Mannheim
Bergbold	**Andrea**	AB One Kommunikationsagentur
Berger	**Wolfgang**	Landeszentrale für politische Bildung
Bödecker	**Yvette**	Lotsin aus Mannheim
Bogner	**Regine**	Bürgerinitiativen rund ums Bauen in Ulm
Bossert	**Regina**	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Außenstelle Heidelberg
Britzke	**Christian**	Stadt Heilbronn
Brückner	**Klaus**	Bürgerinitiative »Keine BuGa 2023 in Mannheim«
Brysch-Enghofer	**Maren**	Stadt Mannheim, Fachbereich Bürgerdienste
Büttner	**Christian**	Allianz für Beteiligung

C

Carciumaru	**Radu**	Migrationsbeirat der Stadt Mannheim

D

de la Isla	**Rodrigo**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion

Dell	**Anne Barbara**	Lotsin aus Mannheim
Dietrich	**Katrin**	Lotsin aus Mannheim
Dörner	**Christine, Dr.**	Führungsakademie Baden-Württemberg, Allianz für Beteiligung
Drechsel	**Saskia**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Duss	**Ruben**	Staatsministerium Baden-Württemberg
E		
Ehrlich	**Sara**	KIT Karlsruhe
Embacher	**Serge**	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Emmerich	**Werner**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Engelhart	**Ingrid**	Allianz für Beteiligung
Erasmy	**Robert**	Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen
Erler	**Gisela**	Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
F		
Fiess	**Gerd**	Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg (ARBES e.V.)
Finck	**Yvonne**	Mehrgenerationen-Wohnprojekt-Offenburg e.V
Fingerhut	**Martin**	
Fischer	**Konrad**	Bildungswerk Weilau e.V.
Fleck	**Sabine**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Franke	**Thomas**	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Freudenberger	**Wolfgang**	CDU, Kreisverband Bergstraße
Freudenberger	**Miriam, Dr.**	Allianz für Beteiligung
Freundeberger	**Angelika**	Bürgerin aus Birkenau
Frey	**Oliver, Dr.**	Technische Universität Wien, Fachbereich Soziologie und Arbeitsbereich Urbanistik
Frick	**Solveig**	ZDF, Landesstudio Baden-Württemberg
Fucker	**Alexander**	MVV Enamic Regioplan GmbH
Fulgner	**Marco**	Stadt Sinsheim, Hauptamtsleiter
G		
Gabbert	**Carsten**	Bürgermeister Gemeinde Schuttertal
Gedanitz	**Britta**	

Geißler	**Heiner, Dr.**	Bundesminister a.D.
Gekeler	**Felix**	MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Gerber	**Philip**	Drogenverein Mannheim e.V.
Göring	**Rainer A**	Bürgerinitiative Kunsthalle Mannheim
Gormsen	**Dr. Nils**	ehemaliger Baubürgermeister Stadt Mannheim, Bürgerinitiative Kunsthalle Mannheim
Graf	**Stefan**	Bürgerinitiative Kunsthalle Mannheim
Grohmann	**Katharina**	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Gross	**Elmar**	Architekten und Stadtplaner
Grüger	**Christine, Dr.**	suedlicht.moderation.mediation.planungsdialog
Grunert	**Dirk**	Fraktionsvorsitzender der Grünen im Gemeinderat, Mannheim
Guizetti	**Christina**	Caritas Mannheim, IntegrationsbegleiterIn
Haas	**Silvia**	Stadtplanungsamt, Stadtentwicklungsplanung Leipzig
Hammer	**Ann-Katrin**	Stadtverwaltung Sindelfingen
Hamoud	**Fouzia**	Lotsin aus Mannheim
Händel	**Sarah**	Mehr Demokratie e.V.
Heil	**Werner**	FINGADO GmbH
Heinelt	**Karin**	Stadtjugendring Mannheim e.V.
Herr	**Werner**	
Heusel	**Sandra**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Heute-Bluhm	**Gudrun**	Städtetag Baden-Württemberg
Hodapp	**Gregor**	Stadt Schopfheim
Hoffmann	**Nicole**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle kulturelle Stadtentwicklung
Hofmann	**Andreas**	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) e.V., Kreisverband Stuttgart
Homoth-Kuhs	**Clemens, Dr.**	Regierungspräsidium Stuttgart
Hufnagel	**Bernhard**	Medius - Büro für mediation
Hummel	**Konrad, Dr.**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion

J

K

Jung	**Arnold**	Stadt Mannheim, Fachbereich Stadtplanung
Kähler	**Robin, Prof. Dr.**	Bürgerinitiative Mannheim 23
Kammerer	**Doris**	Lotsin aus Mannheim
Käpplinger	**Bianca**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Karacinar	**Pinar**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Katzmarek	**Wolfgang**	SPD-Vorsitzender, Mannheim
Kauffmann	**Anne-Dominique**	Kaufmann Immobilien
Kaufmann	**Malte**	Kaufmann Immobilien
Kaufmann	**Martin**	Bürgermeister, Gemeinde Rudersberg
Kern	**Manfred**	Mitglied des Landtags Baden-Württemberg
Kindler	**Monika**	TES e.V. / Stadtteilmanagement Emmertsgrund
Kirsch	**Martina**	Verdi Rhein-Neckar
Kleffner	**Jasmina**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Klein	**Marion**	TES e.V. / Stadtteilmanagement Emmertsgrund
Klein	**Silke**	Stadt Heidelberg, Amt für Stadtplanung
Klenk	**Wolfgang**	Breuninger Stiftung, Allianz für Beteiligung
Knauber	**Norbert**	TES e.V. / Stadtteilmanagement Emmertsgrund
Köhl	**Benjamin**	Quartiermanagement Herzogenried
Köhler-Juskan	**Malte**	Allianz für Beteiligung
Kopp	**Alexandra**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Kovar	**Gabriele**	Stadtverwaltung Sinsheim
Kuch	**Peter**	Bündnis 90/Die Grüne, Kreisverband Aalen-Ellwangen
Kupper	**Ruth**	Stadt Mannheim
Kurz	**Peter, Dr.**	Oberbürgermeister, Stadt Mannheim

L

Lamprecht	**Gerda**	Bürgerinitiative Kunsthalle Mannheim
Langholf	**Henrik**	Zukunftsmoderation!
Lapp	**Michael**	Quartiermanagement Herzogenried

Lehrke	**Dominic**	Student, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Lesky	**Michael**	Volkshochschulverband Baden-Württemberg
Lose	**Monika**	Lotsin aus Mannheim
Lübke	**Dirk**	Mannheimer Morgen
Lucas	**Alexander**	SPD Baden-Württemberg, Regionalgeschäftsführer
Mall	**Bernhard**	Bürgerinitiativen rund ums Bauen in Ulm
Marx	**Achim**	FINGADO GmbH
Mauch	**Siegfried, Dr.**	Führungsakademie Baden-Württemberg
Maugé	**Michel**	Evangelisches Forum Mannheim
Maurenbrecher	**Max**	Student, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Mayer	**Reinhard, Dr.**	Abendakademie Mannheim und VHS Schwetzingen
Meißner	**Jochen**	Lotse aus Mannheim
Meldt	**Robert**	Student, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Metke	**Christina**	public sense
Metzler	**Rupert**	Gemeinde Hitzingen
Milla	**Frank**	
Mirbach	**Ferdinand, Dr.**	Robert Bosch Stiftung
Mochayedi-Bergdolt	**Beate, Dr.**	Ökumenisches Bildungszentrum Sancclara
Mocker	**Ute**	IG Käfertaler Vereine / Kulturhaus Käfertal
Mörike	**Michael**	Integrata-Stiftung für humane Nutzung der Informationstechnologie
Mulatu	**Sara**	Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Müller	**Caroline**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Müller	**Ulrike**	Drogenverein Mannheim e.V.
Müller	**Martin**	Städtetag Baden-Württemberg
Myrczik	**Peter**	Stadt Mannheim, FB 15 Rat, Beteiligung und Wahlen
Nägeli	**Judith**	konzeptionell kommunikation.beratung.projektentwicklung

Naumer	**Wolfgang, Dr.**	Bund deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure BW e.V.
Noack	**Carsten**	TES e.V. / Stadtteilmanagement Emmertsgrund
Noparlik	**Denis**	Student, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Nübel	**Rainer**	Redakteur, u.a. für Stern und Zeitenspiegel
O		
Oehler	**Karlheinz**	Bürgermeister Gemeinde Wiernsheim
Ofenloch	**Benedikt**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Olear	**Beatrice**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Olscha	**Edith**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Ostrowski	**Jürgen**	AK Senioren für Junioren
P		
Petrovic	**Claudia**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Pfeiffer	**Marc**	Cor.Dialogue - Das Dialoghaus
Pfotenhauer	**Katharina**	Stadt Pforzheim
Pieper	**Anne**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Piltz	**Michaela**	Stadt Freiburg im Breisgau
Prien	**Markus**	MVV Enamic Regioplan GmbH
Prothmann	**Hardy**	Rheinneckarblog.de
R		
Rack	**Oliver**	codexcom / open data rhein-neckar
Rebmann	**Stefan**	Mitglied des Bundestages
Reck	**Marie-Luise**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Reisigel	**Gabriele**	Bezirksbeirätin Mannheim-Vogelstang
Remer-Bollow	**Uwe**	Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften
Rhodius	**Regina, Dr.**	Universität Freiburg, Professur für Forst- und Umweltpolitik
Riethmüller	**Stefanie**	Breuninger Stiftung
Röder-Tzellos	**Maria**	Caritas Mannheim
Roeingh	**Markus**	Stadt Mannheim, Fachbereich Grünflächen und Umwelt
Röser	**Benita**	MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH

S

Santos de Castro	**Susanna**	Lotsin aus Mannheim
Schaber	**Anja**	Allianz für Beteiligung
Schaller-Scholz-Koenen	**Ulrike**	Lotsin aus Mannheim
Schaub	**Bettina**	Stadt Mannheim, Fachbereich Presse und Kommunikation
Schiek	**David**	Student, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Schlepps	**Waltraud**	BUGA gGmbH
Schöneck	**Sebastian**	Staatsministerium Baden-Württemberg
Schreiber	**Birgit**	Stadt Mannheim, FB 15 Rat, Beteiligung und Wahlen
Schröpel	**Martin**	Hauptamt Konstanz, Beauftragter für Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftliches Engagement
Schumacher	**Benjamin**	Stadt Mannheim, Fachbereich Stadtplanung
Schwarz	**Miriam**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Seefeld	**Michael**	see.feld Werkstatt für Dialog und Entwicklung
Seidelmann	**Petra**	Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen
Sekmen	**Melis**	Gemeinderatsfraktion die GRÜNEN, Mannheim
Shazi-König	**Nayla Samina, Dr. med.**	Lotsin aus Mannheim
Siddiqa	**Abida**	
Spieß	**Miriam**	public sense
Staiber	**Annkathrin**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Stobbe	**Hanna**	JM Prolog Consulting
Stuckenbrock	**Uwe**	
Südmersen	**Carsten**	Gemeinderatsfraktion CDU, Mannheim
Theurer	**Sabrina**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Thirion-Brenneisen	**Gabriele**	Fraktionsvorsitzende der Grünen, Mannheim
Todaro	**Laura**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Ungerer	**Jürgen**	Gemeinderat in Bad Schönborn
van Deth	**Jan W., Prof. Dr.**	Universität Mannheim

T

U

V

von Hagen	**Christiane**	Bürgerinitiative Kunsthalle Mannheim
Vorderer	**Peter, Prof. Dr.**	Universität Mannheim
Wachinger	**Gisela, Dr.**	Universität Stuttgart, Masterstudiengang Planung und Partizipation
Wagner	**Britta**	Beirätin im Bürgerforum Kressbronn
Walz	**Corinna**	Bürgerstiftung Stuttgart
Weidenheimer	**Karin**	CDU Heidelberg-Rohrbach
Weissmann	**Martin**	Stadt Mannheim, Geschäftsstelle Konversion
Weizel	**Achim, Prof. Dr.**	Fraktion Freie Wähler-Mannheimer Liste
Welchering	**Peter**	Deutscher Journalistenverband, Baden-Württemberg
Wellmann-Hufnagel	**Edith**	Medius - Büro für mediation
Wenz	**Carolin**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Werner	**Friedhelm**	Bildungswerk für Kommunalpolitik Baden-Württemberg
Wersinski	**Nadja**	Stadt Mannheim
Wezel	**Hannes**	Staatsministerium Baden-Württemberg
Wollmann	**Eva**	Studentin, Masterstudiengang Planung und Partizipation, Universität Stuttgart
Wuketich	**Marius**	Bürgerstiftung Stuttgart
Wunder	**Edgar, Dr.**	Mehr Demokratie e.V., Kreisrat im Kreistag Rhein-Neckar
Yildiz	**Pelin**	Stadt Mannheim, Fachbereich Grünflächen und Umwelt
Zeigermann	**Annette**	Referat 65 – Städtebauliche Erneuerung , Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Zimmermann	**Frank**	Stadt Heidelberg, Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung

Die Allianz für Beteiligung dankt ihren Förderern:

Baden-Württemberg Stiftung – Wir stiften Zukunft

Robert Bosch Stiftung

Führungsakademie Baden-Württemberg

Breuninger Stiftung